

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 5

Artikel: Das Unreifezeugnis : die Zangenbewegung der Demokratiekritik in Portugal
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094872>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Zangenbewegung der Demokratiekritik in Portugal

Das Unreifezeugnis

Von unserem Korrespondenten

Es ist kein leeres Wort, wenn der portugiesische Ministerpräsident Mario Soares die Portugiesen eindringlich mahnt, sie hätten lediglich die Wahl zwischen harter Arbeit oder Diktatur.

Demokratiegegner: Die einen (fast) wie die andern

Von Demokratiefeinden links und rechts ist zu hören, das portugiesische Volk sei für eine Demokratie westeuropäischen Zuschnitts noch nicht reif oder überhaupt nicht geeignet, da es zur Anarchie neige. Die Tatsache, dass die Portugiesen bei den bisherigen Wahlen seit dem Umsturz am 25. April 1974 (Verfassungsgebende Versammlung, Parlament, Präsident, Lokalbehörden) bemerkenswerten Bürger- und Demokratiesinn bewiesen haben, das heisst sich für demokratische Parteien und Kandidaten ausdrücken, wird dabei ignoriert.

Die Kommunistische Partei (PKP) spart, eigener Aussage zufolge, «weder Kräfte noch Energie, um die Aktionseinheit aller Kräfte zu erzielen, die an der Verteilung der demokratischen Freiheiten und der anderen Errungenschaften der Revolution — Agrarreform, Nationalisierung in der Industrie, Arbeiterkontrolle und Selbstverwaltung — interessiert sind».

Erfahrungen mit der gelenkten Presse

«Jede Revolution hat ihre Phase, in der fröhlich gefeiert wird und Phantasie waltet. Ebenso schlägt aber in jeder Revolution die Stunde der Wahrheit. Die Phase des Feierns in unserer Revolution ist vorüber. Für alle Lebensbereiche unseres Landes hat die Stunde der Wahrheit geschlagen. (...)

Die Verstaatlichungen im März 1975, vor allem der Banken und Versicherungsgesellschaften, führten dazu, dass die meisten journalistischen Unternehmen in die Hände des Staates übergingen. Dieser Umstand trug dazu bei, dass sie (acht Zeitungen) ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Stabilität am Leben gehalten wurden. Gleichzeitig entstand eine wahre Flut neuer Zeitungen, in einigen Fällen als Reaktion auf den eintönigen und sektierischen Ton der vom Staat getragenen Publikationen. (...) Man könnte noch viel mehr sagen, aber als Wichtigstes muss einmal betont werden, dass nahezu alle journalistischen Unternehmen, die im Besitz des Staates sind oder in denen der Staat interveniert, praktisch bankrott sind. (...)

(Der portugiesische Staatssekretär für Gesellschaftliche Kommunikation, Manuel Alegre, in einer Rede, in der er einschneidende Massnahmen für die wirtschaftlich unhaltbare verstaatlichte Presse ankündigte; 6. Februar 1977.)

Der (echten) Rechten mangelt es, im Vergleich zu den Kommunisten, an organisatorischer Stärke. Gesamthaft gesehen erweckt sie den Eindruck, hinweggefegter Vergangenheit nachzuschwärmen. Das schliesst aber nicht aus, dass sie zu einzelnen gefährlichen Aktionen fähig wäre. Aber wahrscheinlicher wäre in einem solchen Falle, dass sie sich zu Aktionen provozieren und mit ihnen hereinlegen liesse.

Mit einer gewissen Genüßlichkeit ist von beiden Seiten der wirtschaftliche Niedergang Portugals zur Kenntnis genommen worden: die Misere sollte (und soll) den Weg zur Macht ebnen. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass der wirtschaftliche Abstieg von den Kommunisten bewusst gefördert wurde, während ihn die Rechte (in vielen Fällen als eine persönliche, schmerzhaft Wunde) zähneknirschend hinnehmen musste und ihn nun zynisch als politisches Kompensationsargument benutzt.

Die sozialistische Minderheitsregierung von Mario Soares hat sich bisher, nicht zuletzt dank den (westlichen) Auslandskrediten, über die Runden geschwindelt. Bezeichnend für das Vorgehen der Kommunisten ist, dass sie nicht müde werden, den Sozialisten mit Drohungen und Lockungen die «Volksfront» anzutragen.

Bevor sich Soares auf seine Werbetour durch die neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) aufmachte, erklärte er einmal mehr deutlich: «Unsere Strategie hat sich niemals geändert; sie bleibt die genau gleiche: Wir regieren ohne eine Allianz.»

Lobend sprach er sich in diesem Zusammenhang über das Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS) aus.

Wann wird die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Parteien endlich ohne Belastung durch KP-Schablonen möglich?

Das der Europäischen Christlich-Demokratischen Union angeschlossene CDS unterstützt die Sozialisten häufig im Parlament und wäre einer Zusammenarbeit mit den Sozialisten nicht abgeneigt. Soares muss aber auf den linken Flügel seiner Partei Rücksicht nehmen, zumal es die kommunistische Propaganda verstanden hat, das CDS als Sammelbecken der «Reaktion und der alten Faschisten» in weiten Kreisen des portugiesischen Volkes zu verteuflern. Die Sozialdemokraten (früher Demokratische Volkspartei/PPD) sähen am liebsten eine Koalition der drei grössten Parteien (Sozialisten, Sozialdemokraten, Zentrum).

Es wäre falsch vom Westen, Portugal im jetzigen Augenblick wirtschaftlich fallen zu lassen. Die wirtschaftliche Misere (14 Prozent Arbeitslose, 27 Prozent Inflation 1976, umgerechnet über 8 Milliarden Schweizer Franken Auslandverschuldung) ist unter anderem auch auf die mangelnde Bereitschaft des Westens zurückzuführen, die erste Uebergangsregierung (Palma Carlos) nach dem Umsturz zu unterstützen: Damit war das Feld den Kommunisten und ihren Agenten sowie «nützlichen Idioten» überlassen worden.

Die PKP zu den nationalen Bedingungen

Es kann heute angenommen werden, dass die portugiesischen Kommunisten im Untergrund weitaus tätiger sind als an der Oberfläche. Immerhin beherrschen sie nach wie vor die Gewerkschaften.

Unterdessen macht KP-Chef Alvaro Cunhal klar, dass seiner Meinung nach die Annahme oder Ablehnung eurokommunistischer Vorstellungen eine blosser Frage der Taktik ist, in Italien, Frankreich und Spanien so gut wie in Portugal. So erklärt er nach seiner Rückkehr aus Italien am 14. Februar 1977:

«Wir stehen zu dem Prinzip, dass jede Partei ihre Tätigkeit in Uebereinstimmung mit der Analyse der konkreten Bedingungen ihres eigenen Landes festlegen kann und sogar soll. Das heisst, wir anerkennen zweifellos, dass es den Parteien in Westeuropa zusteht, den Kurs, den sie verfolgen wollen, ganz in der Weise zu definieren, wie er ihrer Meinung nach den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen ihrer Länder entspricht. Ebenso akzeptieren wir, dass mehrere Parteien gemeinsam der Ansicht sein können, dass ihre Situation ähnlich ist, dass sie ähnliche Lösungen wünschen und glauben, dass ihre Politik in bestimmter Hinsicht identisch ist.

Was Portugal betrifft, so sind wir der Ansicht, die wir oft dargelegt haben, dass sich die Lage hier in bestimmter Hinsicht von der in den anderen Ländern Westeuropas grundlegend unterscheidet. In diesen Ländern — Italien, Frankreich, Westdeutschland und Grossbritannien — besteht ein staatsmonopolistischer Kapitalismus, und die Monopole üben wirtschaftliche und tatsächlich auch politische Macht aus. In Portugal wurden aber bekanntlich sowohl der staatsmonopolistische Kapitalismus als auch die Monopole nach der Revolution vom 25. April 1974 beseitigt. Unsere Lage ist offenkundig anders, und unsere Politik notwendigerweise auch.»



Der portugiesische Ministerpräsident Mario Soares. Darf er mit einer demokratischen Partei wie etwa dem CDS zusammenarbeiten, auch wenn dieses von der KP als Tummelplatz für Faschisten verschrien wird?